

italienischen Tarifregelungen orientieren. Ausdrücklich erkennt der Papst die seit etwas mehr als zwei Jahren bestehende „Vereinigung der Vatikanangestellten im Laienstand“ an; solche Initiativen könnten einen wertvollen Beitrag „zur Förderung des Geistes der Gerechtigkeit“ leisten. Diese Vereinigungen dürften aber nicht den Klassenkampf propagieren oder Parteiinteressen vertreten.

Ein Heiliges Jahr

In seinen beiden Ansprachen vor der Vollversammlung verzichtete Johannes Paul II. darauf, große theologische oder pastorale Perspektiven zu entwerfen, sondern beschränkte sich auf die erörterten Sachthemen. Die Kardinäle können im übrigen bis einen Monat nach Ende der Versammlung zur Ergänzung ihrer Beiträge schriftlich weitere Vorschläge und Voten einreichen. Dennoch hatte der Papst zum Schluß mit der *Ankündigung eines*

außerordentlichen Heiligen Jahrs für 1983 noch eine Überraschung parat. Er erinnerte an Pius XI., der 1933 mit einem Heiligen Jahr des Todes und der Auferstehung Jesu Christi vor 1900 Jahren gedacht habe. Daß ein Heiliges Jahr zur 1950igsten Wiederverkehr von Tod und Auferstehung sinnvoll sei, begründete der Papst mit der zentralen Stellung dieses Glaubenserignisses. Außerdem stellte er eine Verbindung zum Thema der Bischofssynode im Herbst 1983; „Buße und Versöhnung im Sendungsauftrag der Kirche“ her: Das Jubiläum könne das Thema vertiefen helfen und die Gläubigen zum Bußsakrament hinführen. Sowohl der Hinweis auf die Antrittsenzyklika „Redemptor hominis“ wie auf die Bedeutung des Bußsakraments zeigt, daß der Papst *Schwerpunktthemen seiner Verkündigung* in den Mittelpunkt des Heiligen Jahres stellen will. Ob und wie ihm die Gläubigen dabei folgen, wird sich zeigen. U. R.

men für einen Deputierten. Erschwert wurde der Opposition der Wahlkampf auch durch das bewährte Falcao-Gesetz von 1977, das den Parteien die Werbung in Rundfunk und Fernsehen während der zwei letzten Monate vor dem Wahltag verbietet: davon ausgenommen ist die Regierungsmannschaft. Als zusätzliche Sicherung setzte Figueiredo im alten Parlament im Hinblick auf den Modus der nächsten Präsidentschaftswahlen noch ein Gesetz durch, das für Verfassungsänderungen nicht nur die absolute, sondern die Zweidrittelmehrheit vorschreibt. Es versteht sich von selbst, daß den Oppositionsparteien, vor allem den kleinen, weder der Propagandaapparat noch die Mittel für Wahlgeschenke zur Verfügung standen, die der PDS als Regierungspartei nutzen konnte.

Die *politische Bedeutung der Wahlen* nimmt noch ab, wenn man die konstitutionellen und tatsächlichen Machtverhältnisse ins Licht rückt. Die Machtbefugnisse des Präsidenten sind so groß, daß seine Regierung sich in weiten Bereichen nicht vor dem Parlament zu verantworten braucht. Die Gouverneure der Bundesstaaten sind in ihrem mit an sich weitreichenden Kompetenzen ausgestatteten Amt dadurch wirksam an Brasilia gebunden, daß alle *finanzpolitischen Entscheidungen* zentral gefällt werden. Das Militär ist nach wie vor ein Faktor von solchem Gewicht, daß selbst Oppositionelle ihren begrenzten Erfolg bei diesen Wahlen einem Wahlsieg vorziehen, weil sie sonst ein Eingreifen der Armee fürchteten. Der Rat für nationale Sicherheit nimmt den Ministerien die Zuständigkeiten willkürlich, seit kurzem obliegt ihm zum Beispiel die konfliktreiche Grund- und Bodenpolitik.

Es ist aber vor allem die *miserable wirtschaftliche Situation* Brasiliens (und ihre sozialen Folgen), die das Wahlergebnis bald in den Hintergrund drängen wird. Brasilien ist heute nach Mexiko das am höchsten verschuldete Land der Welt mit einer jährlichen Inflationsrate von mehr als 100 Prozent, schrumpfendem Pro-Kopf-Einkommen und steigender Arbeitslosigkeit. 1960 verfügten fünf Prozent der Brasi-

Brasilien: Verschärfter Dissens Kirche – Staat

Die wichtigsten Parlaments-, Gouverneurs-, Distrikt- und Gemeindewahlen seit der Machtübernahme der Militärs im Jahre 1964 haben der brasilianischen Opposition am 15. November einen beachtlichen Stimmenzuwachs und der Welt einen weiteren Nachweis erbracht, daß es dem Regime unter Präsident João Figueiredo mit der „demokratischen Öffnung“ ernst ist, als bei seinem Amtsantritt 1979 erwartet. Stärkste Partei aber blieb die Regierungspartei PDS.

Demokratisierung als kalkulierte Konzession

Daß die *Demokratisierung* des brasilianischen Regimes kalkuliert und eher eine Konzession zum Zweck des Machterhalts als ein Selbstzweck ist, zeigen die näheren Umstände und Bedingungen, unter denen gewählt wurde. Was Präsident Figueiredo als krönenden Abschluß einer Reihe von zweifellos positiven Demokratisierungsmaßnahmen (Amnestie für Regi-

megegner, Rückkehr der Exilierten, Zulassung neuer oppositioneller Parteien und die Wiederherstellung der Pressefreiheit) darstellte, war ein raffiniertes manipulatives Wahlmanöver, an dem die Opposition wenig mehr tun konnte als teilnehmen. Die Wahlgesetze garantieren lediglich den demokratischen Anschein: Wahlbündnisse der eingetragenen Parteien und die Aufstellung gemeinsamer Kandidaten waren untersagt. Der Wähler mußte für Gemeinde-, Provinz- und Bundesparlament dieselbe Partei wählen, andernfalls war die Stimme ungültig. Auf dem Stimmzettel waren die Namen der Parteien und der Kandidaten nicht aufgedruckt, sie mußten von den Wählern selbst eingetragen werden. Die Wahlgesetze benachteiligten die *Industrieregionen* (in denen die Opposition die größte Anhängerschaft hat) zugunsten der traditionell regierungsfreundlichen ländlichen Gebiete im Norden. So kam in São Paulo ein Abgeordneter auf 219 000 Stimmen, im Nordosten genügten 58 000 Stim-

lianer an der Spitze der Einkommenspyramide über 28 Prozent des nationalen Einkommens, 1980 bereits über mehr als 38 Prozent, während der Anteil der ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung von 3,9 auf 2,8 Prozent sank.

Die Bischöfe fordern sozialere Wirtschaft

Diese fortschreitende Verarmung großer Teile des 120-Millionen-Volks war für die katholische Kirche Brasiliens in den vergangenen Jahren ein ständiger Anlaß zu Ermahnungen, das Regime solle eine Wirtschaftspolitik betreiben, die auch der Masse der Armen zugute komme. Obwohl die in sozialen Fragen hellhörigste Ortskirche Lateinamerikas immer wieder betont, sie könne keine Lösungen für wirtschaftliche Probleme anbieten, läßt sich aus der Vielfalt ihrer Erklärungen erkennen, daß sie sehr wohl recht konkrete Vorstellungen über eine Wirtschafts- und Sozialordnung hat, die aber von Regierung und Wirtschaft keineswegs geteilt werden.

In ihrer Erklärung vom 27. August zur Wahl forderten die Bischöfe als vordringlichste Maßnahmen den Abbau der gewaltigen Auslandsverschuldung und eine pragmatische Wirtschaftspolitik mit dem Ziel größerer sozialer Gerechtigkeit. Es sei zu einfach, schreiben die Bischöfe, an der Staatsmaschinerie und den bestehenden wirtschaftlichen Kräfteverhältnissen festzuhalten. Für völlig verfehlt hält der Episkopat die Agrarpolitik der Regierung, die volltechnisierte Agro-Industrien fördert, deren Produkte hauptsächlich für den Export bestimmt sind. Die Bischöfe treten dagegen seit Jahren für eine *Landverteilung* unter den besitzlosen Bauern und deren genossenschaftlichen Organisationen ein, auch mit dem Ziel, die katastrophale Landflucht einzudämmen. Der Wirtschaftspolitik der Regierung ebenso diametral entgegengesetzt ist die Auffassung der Bischöfe, Brasilien müsse mehr für den eigenen Bedarf, d.h. zur *Befriedigung der Grundbedürfnisse*, und weniger Luxusgüter für die Reichen im Land und den Export produzieren.

Hinter diesen konkreten ökonomischen Vorstellungen, deren Richtigkeit und Realisierungsmöglichkeiten diskutabel sind, steht der immer deutlicher hervortretende Anspruch der Kirche, Bürgerrechte und soziale Gerechtigkeit überall da zu predigen und einzufordern, wo es an ihnen mangelt. Dabei zeigt sich, daß die von den lateinamerikanischen Bischöfen in Puebla getroffene „vorrangige Entscheidung für die Armen“ da, wo sie in die pastorale Praxis umgesetzt wird, zwangsläufig zu politischen Konflikten führt. Ob diese beabsichtigt sind oder sich nur ergeben, ist angesichts dieser Zwangsläufigkeit mehr eine sophistische Frage, die allerdings in der innerkirchlichen Auseinandersetzung etwa um die Theologie der Befreiung und ihre Pastoral nicht ohne Bedeutung ist. In Brasilien hat der bewußt vollzogene *Standortwechsel der Mehrheit der kirchlichen Hierarchie* an die Seite der armen Bevölkerung dazu geführt, daß die Bischöfe alle Umstände und politischen Maßnahmen öffentlich anklagen, die nach ihrer Ansicht der Bevölkerung schaden. Immer mehr Priester und Bischöfe machen ihre Gläubigen auf Mißstände und die Ursachen von Armut und Elend aufmerksam. In den Monaten vor der Wahl zeigte sich, daß das autoritäre Regime diese ständigen „Einmischungen“ nur noch schwer erträgt und die Kirche unter Druck zu setzen versucht. Trotz zahlreicher in- und ausländischer Proteste hat Präsident Figueiredo den zu 10 und 15 Jahren Haft verurteilten französischen Priestern *Aristide Camio* und *François Gouriou* bisher die erhoffte Begnadigung und Ausreise verweigert. Die von rechtsgerichteten Kreisen initiierte *Verleumdungskampagne gegen Kardinal Paulo Evaristo Arns* von São Paulo und andere Bischöfe mittels gefälschter kirchlicher Publikationen blieb ohne wirksame polizeiliche Nachforschungen. Ende September warf der Divisionsgeneral *Moacyr Coelho Pereira* in einer Rede vor Militargeistlichen weiten Teilen des brasilianischen Klerus vor, sie schürten den Klassenkampf und wollten das Regime stürzen, um es durch einen „utopischen Sozialismus“ zu ersetzen.

Die Kirche als einzige reformerische Kraft

Zur gleichen Zeit äußerten sich die Bischofskonferenz sowie einige prominente Bischöfe ebenso grundsätzlich wie kritisch zum *Verhältnis von Kirche und Politik*. Dabei traten die konträren Standpunkte von Regierung und Kirche klar hervor. Anfang Oktober forderte die Bischofskonferenz die *Aufhebung des Gesetzes über die nationale Sicherheit*. Das Sondergesetz sei ein wirksames Unterdrückungsinstrument, um „gerechte Streiks zu unterbinden, die legitime Opposition zu unterdrücken und die pastorale Arbeit der Kirche zu behindern“. Im Namen dieses Gesetzes seien alle Arten von Ungerechtigkeit verübt worden. Der als gemäßigt konservativ geltende Erzbischof von Rio, Kardinal *Eugenio Sales*, betonte vor Offizieren der Militärakademie, die Bischöfe bemühten sich während des Wahlkampfes ganz besonders, die Politisierung der Kirche zu verhindern. Gleichzeitig müsse er aber erwähnen, daß die Kirche gegenwärtig die einzige Kraft in Brasilien sei, die sich für eine echte, alle Bereiche des Menschen umfassende gesellschaftliche Veränderung einsetze (NC, 3. 9. 82).

Der Bischof von Crateús im brasilianischen Nordosten, *Antonio Frago*, fordert in einem in der Zeitschrift „*Voices*“ (Oktober 82) erschienenen Aufsatz über die politische Dimension des Glaubens den gewaltlosen „revolutionären“ Kampf gegen Elend und Unterdrückung als wesentlichen Bestandteil christlicher Existenz. Die im Licht des Glaubens und mit den Mitteln der Gesellschaftswissenschaften analysierte Wirklichkeit besteht nach Auffassung des Bischofs für die Masse des brasilianischen Landproletariats in einer Gesellschaftsstruktur, die dem Willen Gottes zutiefst widerspricht: „Wir können nicht friedlich in solchen Strukturen und mit den Ideologien, auf denen sie gründen, leben und uns weiter als Christen betrachten ... Es waren Menschen, die dieses Elend schufen, andere Menschen werden es abschaffen ... Heute ist ein Bauer, der sich seiner Situation bewußt geworden ist, nicht wirklich gläubig, wenn er

sich nicht politisch betätigt. Sein Glaube ist tot, weil der Glaube ohne Werke tot ist ...“.

Der langjährige Vorsitzende der Bischofskonferenz und ehemalige Präsident des Lateinamerikanischen Bischofsrats CELAM, Kardinal *Aloisio Lorscheider*, umschrieb in einem Vortrag vor dem Deutschen Katecheten-Verein in Augsburg 1980 die Position der Kirche und des brasilianischen Christen in ähnlicher Weise („Die soziale Dimension der Katechese“ in *Adveniat: Zeugnisse/Berichte/Kommentare* Nr. 6). Solche Äußerungen, die von entsprechenden pastoralen Aktivitäten begleitet werden, lassen für die

Zukunft härtere Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Regierung erwarten. Dabei wird die brasilianische Kirche innerkirchlich und von staatlicher Seite zu spüren bekommen, wie schwierig und riskant die Umsetzung der Puebla-Beschlüsse ist. Schon heute wird von manchen Kirchenführern in Rom als Obstruktion und „Demokratisierung der Kirche“ denunziert, was viele in der lateinamerikanischen Kirche nur als eine notwendige Akzentverschiebung zur tieferen Gemeinschaft der Gläubigen verstehen, das Leben von Priestern und Bischöfen mit dem Volk, von dessen Glauben sie lernen wollen.

G. B.

Afrika: der Fall Milingo

Als *Emmanuel Milingo* 1969 mit 39 Jahren zum *Erzbischof von Lusaka* ernannt wurde, schien er allen Erwartungen zu entsprechen, die der Vatikan an einen jungen afrikanischen Bischof stellen konnte: er war energisch, hatte eine ausgezeichnete Ausbildung genossen und war bei der Bevölkerung bekannt und beliebt. Bereits damals hatte er sich einen Namen gemacht durch seine Art, den Rundfunk als Medium der Seelsorge einzusetzen, und kirchliche Sozialarbeit unter den Armen von Lusaka.

Daß er im *April 1982 nach Rom gerufen* wurde und seither dort in einem Passionisten-Kloster in unfreiwilliger Klausur lebt, hat die Katholiken Sambias in einige Verwirrung gestürzt (vgl. *La Croix*, 16. 11. 82). In einem Brief des deutschstämmigen Apostolischen Pronuntius von Sambia, *Georg Zur*, hatte es geheißt, man verlange von Milingo, „eine gewisse Zeit theologischen Studien und stiller Reflexion nachzugehen sowie medizinischen Rat von seiten der Ärzte zu suchen“ und, „wenn nach Ablauf dieser Zeit die Ärzte Sie für gesund erklären und wenn der Heilige Stuhl von Ihrer Exzellenz all die notwendigen Garantien erhält, die es Ihnen ermöglichen könnten, die Erzdiözese in positiver und fruchtbarer Form zu führen, wird es Ihnen gestattet werden, das Amt wieder aufzunehmen. Ansonsten müßte die Erzdiözese ei-

nem neuen Ordinarius anvertraut werden“ (zit. nach *The Tablet*, 7. 8. 1982, S. 787; deutsche Übersetzung in *Misio Korrespondenz* 5/1982, S. 5).

Charisma und Inkulturation

Dieser Brief folgte auf eine apostolische Visitation durch Kardinal *Maurice Otunga* von Nairobi und Bischof *Nicodemus Kirima* von Mombasa, von denen man eigentlich erwartet hatte, daß sie Milingo nicht belasten würden. Obwohl der Inhalt des Berichtes nicht veröffentlicht wurde und auch die zugrundeliegenden Kriterien für die Beurteilung nicht feststellbar sind, geht man davon aus, daß Milingos *Einstellung zum Heilen und zur Verkündigung des Heiligen Geistes* den Hauptpunkt des Anstoßes bildet. Milingo leugnet den Tatbestand der Heilung durch geistige Kräfte und den vollzogenen Exorzismus nicht, verwahrt sich aber gegen den Vorwurf der Hexerei. Heidnische Hilfsmittel, wie sie zum Handwerkszeug afrikanischer Zauberer gehörten, habe er stets verabscheut. „Was ich getan habe, das habe ich durch die Kraft des Gebetes getan.“

Daß Techniken wie Geist-Heilung und Zungenreden nicht nur von Anhängern der Naturreligionen praktiziert werden können, hatte Milingo erstmals vor neun Jahren in Rom erfahren, als er gemeinsam mit italieni-

schen Priestern in der vom Vatikan nicht für anstößig befundenen katholischen *charismatischen Bewegung* mit Trancezuständen experimentierte (vgl. *Time*, 25. 10. 82). Zurück in Afrika begann er mit öffentlichen Sitzungen zur Heilung Kranker, und bald häuften sich die Meldungen über wunderbare Genesungen.

Gläubige gerieten während des Gottesdienstes in Ekstase – ein Phänomen, das allerdings in Afrika nicht selten beobachtet werden kann. Heilung Suchende aus anderen afrikanischen Ländern strömten nach Lusaka, und Milingo heilte auch während seiner Reisen in den USA und in Europa. Wenn er an einer Konferenz der afrikanischen Bischöfe teilnahm, versammelten sich Kranke vor dem Tagungs-ort. Milingos Kritiker bezeichnen ihn als „Medizinmann“ und beschuldigen ihn, den Glauben an magische Praktiken wiederzubeleben, statt die Ärzte zu unterstützen. Vorgeworfen wird ihm auch, daß er seine administrativen Pflichten vernachlässige.

Die *Sambische Bischofskonferenz* forderte Milingo bereits 1978 auf, diese *zweimal wöchentlich stattfindenden öffentlichen Heilungssitzungen zu unterlassen*; Milingo verlegte sie daraufhin in seine Residenz. Nachdem der Vatikan ihm vor zwei Jahren weitere Geistheilungen ganz untersagt hatte, stellte er sie ein, wurde aber von seinen Anhängern so sehr bedrängt, daß er sich gezwungen sah, sich versteckt zu halten.

Die englische Zeitschrift „*The Tablet*“ wirft die Frage auf, warum die Kranken nicht ins Krankenhaus gingen, sondern zu Milingo und welcher Art die von ihm geheilten Krankheiten waren. Zwar sei die medizinische Versorgung in Sambia recht gut, „aber überarbeitete Ärzte haben ebenso wie überarbeitete Priester keine Zeit zuzuhören, was ganz wesentlich ist ... Auch ist ein Großteil der Krankheiten nicht zu erklären; dies rührt von einem schweren Leiden her, das weitgehend Frauen befällt, die am meisten unter den Entbehrungen der Armut zu leiden haben und keine Erleichterung finden“ (*The Tablet*, a. a. O., S. 787). Milingo selbst bestätigt, daß viele al-